

Ärzte in Sorge: Brexit wird im britischen Gesundheitswesen Spuren hinterlassen

Zukunft ungewiss - die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, hat in allen Bevölkerungsteilen zu Verunsicherung geführt. Davon betroffen sind auch die vielen ausländischen Ärzte und Pflegekräfte, die seit Jahren in Großbritannien arbeiten.

VON
ARNOT STRIEGLER / LONDON



Der 23. Juni 2016 wird in die europäische Geschichte eingehen als jener Tag, an dem eines der großen europäischen Länder für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) stimmte. Großbritannien hat entschieden und Großbritannien winkt mit 51,9 Prozent der abgegebenen Stimmen „Goodbye“ nach Europa. Die britische Ärzteschaft, die mehrheitlich für einen EU-Verbleib war und ist, steht unter Schock. Klinik-Manager, Pharmafirmen und all jene Briten, die am Donnerstag gegen den Brexit stimmten, erwachten am Freitagmorgen in einem Land, für das eine neue Zeitrechnung beginnt: nach über 40 Jahren Europa. Eine Unsicherheit und gewisse Zukunftsangst hat das Land erfasst. Diese Ratlosigkeit spürt man nirgends deutlicher als im staatlichen britischen Gesundheitswesen (National Health Service, NHS). Das Gesundheitswesen dürfte schwer von dem EU-Austritt des Landes tangiert werden. Darüber sind sich gesundheitspolitische Beobachter in London einig. Welche Konsequenzen der Brexit genau für die Arztpraxen, Krankenhäuser, die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) mit Sitz in London und andere Gesundheitseinrichtungen auf der Insel haben wird, darüber wird derzeit lediglich spekuliert.

„Das ist eine völlig neue Situation und es gibt keinerlei Erfahrungswerte, was so etwas bedeutet“, so der Londoner Klinikarzt Dr. Al Teague im Gespräch mit der „Ärzte Zeitung“. Dr. Teague arbeitet in einem der großen Londoner Universitätskrankenhäuser. Seine Familie hat ein Ferienhaus in Spanien, viele seiner Patienten kommen aus anderen EU-Ländern. Das Klinikpersonal auf seiner Station besteht zu zwei Drittel aus nicht-britischen Krankenschwestern und -pflegern, die meisten davon aus anderen EU-Ländern. „Ohne ausländische Pflegekräfte und Klinikpersonal könnten wir nicht machen“, lautet die nüchterne Einschätzung des 42-jährigen. Und: „Ich weisse mich sehr, was jetzt passieren wird. Denn ich weiß, dass viele unserer Pflegerinnen und Pfleger Angst haben, bald des Landes verwiesen zu werden. Seit dem Brexit sind die Leute verunsichert.“

Laut Londoner Gesundheitsministerium beschäftigen der NHS und die sozialen Dienste rund 130 000 europäische Arbeitskräfte, darunter auch tausende Ärzte. Auch bei nicht-britischen EU-Ärzten, die in Großbritannien praktizieren, herrscht Unsicherheit. „Der Brexit wirft viele Fragen auf, auf die erst noch Antworten gefunden werden müssen, kommentierte eine Sprecherin des britischen Ärztebundes gegenüber der „Ärzte Zeitung“ in London.

Eine spanische Allgemeinärztin, die seit zehn Jahren im Londoner Süden praktiziert und die ihren Namen lieber nicht in der Zeitung lesen möchte, sagt, sie habe Angst vor der Zukunft. „Ich bin mir nicht sicher, was jetzt passieren wird. Und ich überlege mir,

ob ich nicht besser zurück in mein Heimatland Spanien gehen sollte, wo kein EU-Austritt die Leute verunsichert.“ Kein Einzelfall, wie die BMA bestätigt.

Auch für Patienten könnte der Brexit einiges verändern. Eines der Hauptargumente der Brexit-Befürworter ist, dass „zu viele ausländische Patienten“ die NHS-Praxen und Kliniken überfüllten und britischen Patienten die Konsultationen wegschnapten. Zwar weisen Experten darauf hin, dass es in erster Linie eine chronische Unterfinanzierung des NHS durch die Londoner Regierung ist, die zu den Versorgungsengpässen und langen Wartezeiten sowie immer mehr Patienten-Kostenselbstbeteiligungen führen. Doch war diese anti-europäische Stimmungsmache ein wichtiger Faktor, der viele Briten zu einem „Vote Leave“ auf dem Stimmzettel veranlasste.

EU-Patienten können sich in Großbritannien behandeln lassen. Zwar ist dafür in der Regel (Notfälle sind ausgenommen) eine europäische Versicherungskarte (EHIC) erforderlich. Doch in der staatlichen Primärmedizin ist es so, dass sich Deutsche, Spanier, Franzosen und andere EU-Bürger bei einem örtlichen Hausarzt als Patienten einschreiben und behandeln lassen können, ohne eine EHIC-Karte vorzuweisen. Zwischen 2005 und 2014 entbanden in Großbritannien rund 475 000 Mütter aus anderen EU-Ländern in britischen Kliniken. Brexit-Befürworter behaupten, die gesundheitliche Versorgung anderer EU-Patienten koste „Milliarden“. Es ist schwer, diese Zahlen zu verifizieren.

Laut Londoner Gesundheitsministerium forderte Großbritannien im Haushaltsjahr 2013/14 lediglich 50,3 Millionen Pfund (rund 59 Millionen Euro) von anderen EU-Staaten für Behandlungskosten in England zurück. Zugleich bezahlte Großbritannien 2013/14 aber rund 750 Millionen Pfund an andere EU-Länder für die Behandlung britischer Patienten im Ausland. Die britischen Medien nennen dies „Gesundheitstourismus“. „Wir streben an, 2018 mindestens 500 Millionen Pfund jährlich von anderen europäischen Ländern für Behandlungen zurück zu fordern“, beruhigte ein Ministeriumssprecher.

Unterdessen haben rund 200 Ärzte, Wissenschaftler und Gesundheitsexperten ihre Warnung wiederholt, der Brexit gefährde die Zukunft des britischen Gesundheitswesens. Die Gruppe, angeführt von Professor Martin McKee und Professor Sir Simon Wessely, befürchtet, dass der EU-Austritt sowohl ernsthafte negative Konsequenzen für die Beschäftigungsseite haben werde („Es werden Ärzte und Pflegepersonal fehlen“), als auch handfeste finanzielle Folgen nach sich ziehen werde. Dabei wird argumentiert, dass die britische Wirtschaft in eine Rezession taumeln werde und als Folge dieser Rezession der Regierung nichts anderes übrig bleibe, als den Gesundheitshaushalt „drastisch“ zu kürzen. So oder so: der Brexit dürfte in jedem Fall very bad news für das britische Gesundheitswesen sein.



© BLUEDESIGN / FOTOLIA.COM